Erscheint täglich
früh 6½ Uhr

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Mk.-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 146. **Dienstag** den 26. Mai 1891. **85. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung,

die erstmalige Zufuhr von Waaren und anderen Gegenständen zur Markthalle betreffend.

Die Zufuhr von Waaren und anderen in die Markthalle einzubringenden Gegenständen kann von **Dienstag, den 26. d. M., Abends 7 Uhr ab** erfolgen.

Der Zutritt zur Halle ist jedoch hierbei nur denjenigen gestattet, welche als Inhaber von Ständen oder anderen Räumen oder in deren Auftrage beim Zuführen der Waaren u. s. w. betheiligt sind; auch diese haben die Halle bis spätestens Abends 10 Uhr wieder zu verlassen.

Für das Publicum ist die Markthalle erst vom 27. d. M. ab zu den in der Marktordnung angegebenen Zeiten geöffnet.

Leipzig, den 25. Mai 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Lindner.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden laut hier erstatteter Anzeige:

1) **ein Trinkhorn** mit Metallbeschlägen, einem Deckel mit Abbildung eines Adlers und der Inschrift: „L. B. C. Sturmvogel, gew. von seinen Mitgliedern Paul Bollstedt, Paul Leonhard, Joh. Wolff", sowie mit hängender Schnur und Quasten, vom December 1890 bis März 1891;

2) eine **Nickelremonteuruhr** mit Fabelkammer 8146, Secunde und gerieftes Rückseite mit Schildchen, sowie mit anhängender **Stahlkette** und Hufeisen-Berloque, am 21. d. M.;

3) ein gelb- und schwarzhaariger **Hund** (Pinscher), ca. 8 Wochen alt, am 11. d. M.;

4) **ca. 7 Dutzend weiße Servietten,** „L. Brandt" und „C. J." gez. (in einigen derselben 3 Linden eingewebt), Anfang März d. J.;

5) **10—12 Mark** in Nickel und Kupfermünze und **10 Stück Cervelatwürste,** vom 22. bis 23. d. M.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände oder den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, den 23. Mai 1891.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
In Vertretung:
Dr. Schmidt. B.

Zur Frage der Handelsverträge.

Der Eintritt der französischen Abgeordnetenkammer in die Einzelberathung der Zolltarif-Vorlage bedeutet einen sehr bemerkenswerthen Abschnitt in der großen zollpolitischen Bewegung dieses Jahres. Die französische Regierung wahrte sich die Freiheit, Handelsverträge mit anderen Staaten unabhängig von den Sätzen des neuen Zolltarifs abzuschließen, durch die Erklärung des Ministerpräsidenten, daß sie gegebenenfalls von der Kammer die Abänderung des Minimaltarifs verlangen werde. Peytral wies mit Recht auf eine frühere Erklärung der Regierung hin, daß sie beim Abschluß von Handelsverträgen niemals unter die Sätze des Minimaltarifs hinabgehen werde. Freycinet zog sich aus dieser schwierigen Lage durch die geschickte Wendung, daß die Regierung die Zollgesetze in dem Geiste handhaben werde, in welchem sie beschlossen wurden, ohne ihre verfassungsmäßigen Rechte aufzugeben.

Dadurch sind die Schranken durchbrochen, mit welchen die Zollcommission die Regierung umgeben wollte; der Minimaltarif hat seine bindende Kraft für die Regierung verloren, sie hat volle Freiheit erlangt, Handelsverträge nach Lage der Verhältnisse und den Interessen Frankreichs gemäß abzuschließen. Natürlich hat die Kammer das Recht, solche Verträge abzulehnen, aber von diesem Recht machen die Volksvertretungen fast niemals Gebrauch, weil dadurch schwere Nachtheile herbeigeführt werden können und das Zustandekommen eines abgelehnten Vertrages auf neuer Grundlage sehr zweifelhaft ist. Verhandlungen von Staat zu Staat lassen sich nicht nach den Regeln führen, welche für Privatpersonen und allenfalls für Corporationen gelten, man nimmt mit Recht an, daß die Vertreter von Staaten alle in Betracht kommenden Dinge genau erwägen und keiner Bestimmung ihre Zustimmung geben werden, welche nicht mit den Interessen des von ihnen vertretenen Staates in Einklang stehen.

Die französische Regierung hat ihre Ansichten über die handelspolitische Lage in Europa im Laufe der letzten Monate unzweifelhaft geändert und berichtigt, sie ist sich heute darüber klar, daß die von Méline und seinen Freunden vertretenen Anschauungen über die handelspolitischen Interessen Frankreichs falsch sind, und daß Frankreich alle Ursache hat, sich nicht in einen handelspolitischen Kampf mit einem Bunde einzulassen, an dessen Spitze Deutschland und Oesterreich-Ungarn stehen, mit der ziemlich sicheren Aussicht, auch die Schweiz, Italien, einen Theil der Balkanstaaten und schließlich auch Belgien, Holland und Spanien als Bundesgenossen zu gewinnen. Die handelspolitische Bewegung, welche den Schutz der nationalen Arbeit auf ihre Fahne geschrieben hatte, war vom Anfang an in Frankreich viel zu sehr von politischen Beweggründen geleitet, als daß erwartet werden konnte, die wirthschaftlichen Bedürfnisse des Landes würden dabei die gebührende Berücksichtigung finden. Von allen Seiten erhoben sich die Klagen der Spritfabrikanten und der Mehlhändler gegen die Sätze des Zolltarifs, eine Anzahl Fabrikanten und Müller stellte sofort den Betrieb ein, andere schränkten ihre Production ein, und eine weitere Anzahl behielt sich die Einstellung des Betriebes bis zum Zeitpunct der Erschöpfung der Vorräthe vor. Dagegen herrschte heller Jubel im Lager der Seidenfabrikanten über den Beschluß, daß Rohseide zollfrei bleiben solle.

Solche Anzeichen einer beginnenden Gährung in den Kreisen der Industrie konnten nicht ohne Rückwirkung auf die Regierung bleiben, sie mußte darüber zur Klarheit gelangen, daß die französischen Fabrikate exportfähig erhalten werden mußten, daß also die Sätze des Zolltarifs den Anforderungen von Handel und Industrie anzupassen seien, nicht aber nach politischen Gesichtspuncten bestimmt werden könnten. Ein Rechenexempel läßt sich schnell aufstellen, es kommt nur darauf an, ob die Voraussetzungen richtig sind, auf denen es beruht. Ein Abgeordneter hatte einen enormen Gewinn für Frankreich für die Geltung des neuen Zolltarifs herausgerechnet auf Kosten der übrigen Staaten, er hatte dabei aber außer Acht gelassen, daß die Exportfähigkeit der französischen Erzeugnisse durch Gegenmaßregeln der geschädigten Staaten eingeschränkt oder aufgehoben werden könnte; darin besteht aber gerade die Wirksamkeit des neuen Zolltarifs, daß der französische Export auf der bisherigen Höhe bleibt. Es ist oft genug darauf hingewiesen worden, daß sich Frankreich unter der Geltung der Handelsverträge während der letzten dreißig Jahre zu hoher wirthschaftlicher Blüthe entfaltet habe, besonders Lockroy hat sich das Verdienst erworben, diese Thatsache seinen Landsleuten in überzeugender Weise zum Bewußtsein zu bringen.

Die gleichzeitig auftretenden gleichartigen Bestrebungen in Bordeaux und Marseille haben das Gewicht der Gründe, welche die Pariser Exporteure für die Aufrechthaltung der Handelsvertragspolitik angeführt haben, noch erhöht, und so scheint denn allmälig eine Stimmung in Frankreich die Oberhand gewonnen zu haben, welche einer zu weit getriebenen einseitigen Schutzzollpolitik die Vereinbarung gerechter Zollsätze von Staat zu Staat vorzieht.

Der Umschwung in der öffentlichen Meinung Frankreichs, welche in den letzten Monaten eingetreten ist, läßt sich mit Sicherheit auf die Fortschritte zurückführen, welche die Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn in Europa angebahnt haben. An dem Tage, an welchem die Abstimmung über die Getreidezölle im deutschen Reichstage stattfand, stand die öffentliche Meinung Frankreichs noch unter dem Eindruck der von Méline eingeleiteten Bewegung, welche die Aufstellung eines die Einfuhr fremder Erzeugnisse in Frankreich hemmenden Zolltarifs als den Triumph einer klugen und vorausblickenden Wirthschaftspolitik betrachtet. Seitdem hat der Gedanke, welcher dem Handelsvertrage zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu Grunde liegt, große Fortschritte gemacht. Der Vertrag zwischen den Regierungen ist abgeschlossen, und selbst Bismarck hat erklärt, daß er seinen Widerstand nicht für weitgreifend genug hält, um den Vertrag im Reichstage zu Falle zu bringen. Alle Kreise, welche von einer richtigen Wirthschaftspolitik Vortheile zu hoffen, von einer falschen Nachtheile zu befürchten haben, stimmen darin überein, daß der Handelsvertrag zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn einen großen Schritt auf wirthschaftlichem Gebiete bedeutet, welcher geeignet ist, das Gleichgewicht auf diesem Gebiete aufrecht zu erhalten und der Arbeit nicht blos einer bestimmten Nation, sondern der Völker Europas, welche sich an der Bewegung betheiligen, den wünschenswerthen Schutz ebenso, wie den nöthigen Absatz ihrer Erzeugnisse zu gewähren.

So wird die gegenwärtige große handelspolitische Bewegung zugleich ein politisches Ereigniß ersten Ranges. Die friedlichen Interessen der Völker Europas erhalten Gelegenheit, sich ihren Wünschen und ihrer Bestimmung gemäß zu bethätigen; die Segnungen des Friedens machen sich also gerade auf den Gebieten geltend, welche aus der Herrschaft Nutzen ziehen und auf den Frieden als ihren Schützer und Hort angewiesen sind. Noch vor einigen Monaten konnte eine so günstige Wendung der handelspolitischen Streitigkeiten nicht vorausgesehen werden; es bestand die Gefahr, daß der wirthschaftliche Krieg zwischen Frankreich und seinen handelspolitischen Gegnern auch auf das politische Gebiet seine Wirkung äußern werde. Diese Gefahr ist heute als überwunden anzusehen und dadurch ist ein mächtiger Hebel für die Gesammtwohlfahrt der Völker Europas in Bewegung gesetzt worden.

* *

Leipzig, 26. Mai.

* In Berlin ist neuerdings von einem noch im Laufe dieses Jahres erfolgenden Besuche des Kaisers Alexander von Rußland in der deutschen Reichshauptstadt die Rede. Der Zar wird am 9. November am dänischen Königshofe auf Schloß Fredensborg im engeren Familienkreise das Fest seiner silbernen Hochzeit feiern und sich von dort in der zweiten Hälfte des November nach Berlin begeben, wenn von Seiten des Kaisers Wilhelm im Laufe des Sommers an ihn eine Einladung erfolgen sollte, nach Berlin oder nach Potsdam zu kommen und an den Hofjagden theilzunehmen. In Berlin hält man es für sehr wahrscheinlich, daß eine solche Einladung ergehen werde.

* Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" constatirt, ist neuerdings in den Kreisen der Berufsgenossenschaften eine Mißstimmung darüber entstanden, daß gewisse Anträge von berufsgenossenschaftlicher Seite beim Bundesrath entweder zur Zeit oder überhaupt nicht als empfehlenswerth angesehen worden sind. Demgegenüber führt das genannte Blatt aus: „Eine Veränderung der Politik der Regierung gegenüber den Berufsgenossenschaften hat weder Platz gegriffen, noch dürfte eine solche in absehbarer Zeit Platz greifen. Muß diese Gewißheit dazu beitragen, das Selbstvertrauen innerhalb der Berufsgenossenschaften erheblich zu stärken, so wird sie auch solche Mißstimmungen leichter überwinden lassen, die sich naturgemäß dann ergeben, wenn nicht ausnahmslos allen Wünschen gegenüber, welche die Berufsgenossenschaften betreffen, dasjenige freundliche Entgegenkommen vom Bundesrathstische aus entgegengebracht wird, auf welches man gerechnet und welches man, wenn es sich um sachlich gerechtfertigte Anliegen handelt, in der Regel zu finden gewiß sein darf."

* Der „Hannoversche Courier" schreibt: „Durch verschiedene Blätter ging dieser Tage die Mittheilung, daß der Oberpräsident Herr Dr. von Bennigsen für ein hohes Reichsamt ausersehen sei. Wie wir nach Erkundigungen an zuständiger Stelle versichern können, ist hier von dergleichen Absichten durchaus nichts bekannt. Man hat es bei dieser Mittheilung jedenfalls nur mit Muthmaßungen eines erfindungsreichen Privatpolitikers zu thun."

* Mit dem Nahen des Sommers beginnen die Beurlaubungen im auswärtigen Dienste; den Anfang machen die Beamten der Consularämter, ihnen folgen dann etwas später die Mitglieder der Missionen. Die auf den entfernten überseeischen Stellen befindlichen Consularbeamten treten ihren Urlaub zumeist im Frühjahr an, da ihnen nach eingeführtem Brauche ausschließlich der Reise sechs Monate Urlaub gewährt werden. Im äußersten Osten Asiens und im Süden desselben sind, wie die „Ar.-Ztg." mittheilt, die Consuln Müller-Beck zu Nagasaki, Butler in Kanton und v. Syburg in Bombay, ferner Generalconsul Pellbram zu Sidney in Australien beurlaubt und wohl sämmtlich bereits auf der Heimreise begriffen. Der Consul B. Lehmann aus Rio Janeiro ist schon in Berlin anwesend.

* Ueber einen Wahlsieg der Deutschen wird aus Nordschleswig geschrieben: Nachdem die Deutschen in Apenrade und in Hadersleben, wo sie seit Jahren glänzende Erfolge erzielten, bei den Gemeindevertreterwahlen zum ersten Male Mißerfolge zu verzeichnen hatten, gelang es in der großen Landgemeinde Norderlügum-Westerterp-Loitwitt bei Lügumkloster zum ersten Male, einen sehr erfreulichen Sieg über die Dänen zu erringen. Nach heftigem Wahlkampf siegten mit einer Mehrheit von 40 Stimmen sämmtliche Candidaten der deutschen Partei.

* Aus dem pommerschen Kreise Kolberg-Köslin liegen, wie man hört, der Staatsregierung sehr interessante Berichte über umfangreiche Parzellirungen vor, welche dort in der jüngsten Zeit in aller Stille stattgefunden. Zwei Privatleute aus der Stadt Kolberg haben die Initiative ergriffen und große Güter im Umfange von 30 000 Morgen in kleine Besitzungen zerlegt, auf denen, unter sorgfältiger Prüfung der persönlichen Verhältnisse der neuen Erwerber, kleine Landwirthe angesiedelt worden sind. Die Parzellirung und die Ansiedelung sind zur Zufriedenheit aller Betheiligten erfolgt. Es scheint nach Erörterungen, welche in Folge dieses Vorgangs auf Anordnung des Ministeriums stattgefunden haben, unzweifelhaft, daß die Parzellirungen, die von zahlreichen Großgrundbesitzern in Pommern und anderen Landestheilen der östlichen Provinzen immer mehr als unabweisliches Bedürfniß empfunden werden, nach Erlaß des jetzt im Landtag zur Berathung stehenden Gesetzes über die Wiedereröffnung der Rentenbanken, einen großen Umfang nehmen werden.

* In Amsterdam fand am Sonntag eine Versammlung zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts statt, in welcher mehrere socialdemokratische Führer, darunter Domela Nieuwenhuis und Fortuyn, Ansprachen hielten. Ruhestörungen sind nicht vorgekommen.

* Anläßlich des Jahrestages der Kämpfe auf dem Père Lachaise im Jahre 1871 fanden am Sonntag in Paris mehrere Kundgebungen statt. Einige Reden wurden gehalten. Ein Zwischenfall ist nicht vorgekommen.

* Das englische Unterhaus hat mit der Erledigung der Einzelberathung der irischen Bodenankaufs-Bill, welcher es nicht weniger als vierundzwanzig Sitzungen gewidmet hat, einen wichtigen Theil seines Arbeitsprogramms hinter sich gebracht. Vom rein logischen und nationalökonomischen Standpuncte ließe sich gewiß Manches gegen die agrarische Reform einwenden, welche durch die Bill angebahnt wird, der Kühnheit des Programms vermag man jedoch die Anerkennung nicht zu versagen. Lord Salisbury hatte schon vor einem Vierteljahrhundert erklärt, nur eine irische Politik, welche einen freien Bauernstand in Irland schaffe, könne Erfolg haben. Die Bodenankaufsvorlage soll nunmehr diese für ein, wie die grüne Insel, rein ackerbauendes Land wichtige Reform mit Inanspruchnahme des englischen Credits verwirklichen. Dem Staate werden vorläufig 30 Millionen Pfund Sterling zum Ankaufe irischer Grundstücke zur Verfügung gestellt, welche er unter billigen Modalitäten allmälig in den Besitz der irischen Pächter übergehen läßt. Bekanntlich wurzelt die Tendenz dieser irischen Agrar-Reform schon in der Gladstone'schen Zeit, dem Cabinet Salisbury war es jedoch vorbehalten, dieselbe ihrer Verwirklichung näher zu führen. Wohl wird sich dieser großartige Plan in der Praxis erst zu bewähren haben, aber einen entscheidenden Schritt auf der Bahn zur socialen Wohlfahrt Irlands bedeutet er jedenfalls.

* Der Director der Firma Armstrong hat sich einem Redacteur des „Temps" gegenüber dahin ausgesprochen, daß die Versuche Turpin's nur mit gewöhnlicher Schießbaumwolle ausgeführt worden seien und daß er den Zündkolben der französischen Kriegsverwaltung gar nicht kenne. Alle Zeichnungen und Apparate seien durch Turpin selbst ohne Vermittelung Triponds von Armstrong aus geliefert worden.

* Der Papst empfing am Sonntag die Kronprinzessin von Schweden.

* Die Russificirung in den Ostseeprovinzen erstreckt sich nunmehr auch auf die Theater. So wird dem „Rigaer Boten" officiös gemeldet, daß die Gründung von russischen Theatern in Riga, Reval, Dorpat, Mitau und anderen größeren Städten endgiltig beschlossen ist. Die Theater werden der Leitung erfahrener Personen aus dem Bestande der kaiserlichen Theater anvertraut und das Personal wird aus den schauspielerischen Kräften derselben gewählt werden. Allen diesen Theatern wird eine ausreichende Unterstützung gewährt werden.

Wohlfahrtseinrichtungen für Arbeiter in Sachsen.

id. Die Berichte der königl. sächsischen Gewerbe-Inspectoren enthalten sehr eingehende Mittheilungen über die Einrichtungen, welche zur Beförderung der Wohlfahrt der Arbeiter in den verschiedenen Industriebezirken unseres Königreichs getroffen sind. Im Allgemeinen gewähren diese Mittheilungen allerdings kein besonders günstiges Bild, denn vor Allem fehlt es an der Hauptsache: an einer starken Betheiligung der Arbeiter selbst! Allein das gegebene Material ist an sich von so wirthschaftlicher Bedeutung, daß sich wohl eine kurze Beleuchtung dieses Stückchens praktischer National-„Oekonomie" lohnt.

Im Ganzen lassen sich die getroffenen Einrichtungen in drei Gruppen theilen, nämlich 1) solche zur Beschaffung billiger Lebensmittel bez. billiger Beköstigung; 2) dergl. zur Beschaffung billiger Wohnungen und 3) zur Erweckung bez. Förderung des Sparsinns. Die wichtigste ist die erste Gruppe; beginnen wir also damit.

In Bezug auf das Wesentlichste, das Mittagessen, sind die Berichte einstimmig darin, daß alle Versuche, die Arbeiter zum Einnehmen einer in der Fabrik bereiteten Mittagsmahlzeit zu bewegen, gescheitert sind, selbst wenn der zu zahlende Preis noch so mäßig gesetzt war. Gerade hinsichtlich des Inspectionsbezirks Leipzig heißt es: „Alle nach dieser Richtung getroffenen Veranstaltungen würden mehr auf eigenen Füßen stehen, wenn es gelänge, eine stärkere Betheiligung der Arbeiterschaft zu erzielen. In dieser Richtung bleiben alle Bestrebungen ohne Erfolg. Kaum der dritte Theil der Arbeiter benutzt in den betreffenden Fabriken die erwähnten Einrichtungen und die übrigen Leute verschmähen selbst für den Preis von 15—20 ₰ die gebotene kräftige Mittagskost.

Ein gewichtiger Grund hierfür wird weiterhin angegeben, wo es heißt, alle die Einrichtungen wären meistens unter dem Anführen abgelehnt worden, „daß die Arbeiter in ihrem freien Willen nicht beschränkt sein wollen." Der Verbrauchte sucht lieber, und wenn auch oft nur auf wenige Minuten, den Kreis seiner Familie auf, während der Ledige lieber in Gastwirthschaften geht, wo er allerlei Bekannte trifft und in seinem ganzen Thun und Treiben unbeaufsichtigter ist. Wie sehr alle Versuche mißlangen sind, die Arbeiter daran zu gewöhnen, ihr Essen in Fabrik-Cantinen einzunehmen, geht aus einem Beispiele hervor, das sich bei Hainichen zugetragen hat. Dort richtete ein Arbeitgeber in einem Nebenraume seiner Fabrik eine Speiseanstalt nach Art der Volksküchen ein und verabfolgte, um die Leute an diese Einrichtung zu gewöhnen, eine Zeit lang die Speisen unentgeltlich. So lange nichts zu bezahlen war, aßen sie in der Fabrik, dann aber kehrten sie zur alten Gewohnheit zurück und holten ihre Mahlzeiten nach wie vor bei aufgewärmtem Essen und ebensolchem Kaffee. Viele Fabrikanten haben es daher aufgegeben, eine Stätte für warme Küche in ihrer Fabrik herzurichten, während andere noch mit Opfern die getroffenen Einrichtungen zu erhalten suchen — auf wie lange, das bleibt allerdings fraglich.

Für die Verschiedenheit der Volksernährung sind übrigens zwei Speisezettel interessant, welche in den amtlichen Berichten mitgetheilt werden. Der eine betrifft die Cantine einer Fabrik (Spinnerei?) im Bezirk Bautzen. Der Betrieb der Cantine geschieht unter Mitwirkung eines Arbeiterausschusses. Dort lautet der Speisezettel wie folgt:

Montag: Ein halber Hering mit Kartoffeln . .	10 ₰
Dienstag: 100 gr Rindfleisch mit Reis	15 „
Mittwoch: 100 gr Schweinefleisch mit Kartoffeln .	15 „
Donnerstag: Kartoffeln mit Butter und eine halbe saure Gurke	15 „
Freitag: 100 gr Rindfleisch mit Kartoffelstücken .	15 „
Sonnabend: Kräutersuppe	5 „

½ l Kaffee 3 ₰, ½ l Bier 5 ₰. In der Cantine einer Spinnerei erhielt man Kaffee mit Weißbrod 10 ₰, warmes Mittagessen mit Bier 26 ₰, warmes Abendbrod 20 ₰.

Der zweite Speisezettel betrifft eine Bierbrauerei im Bezirk Plauen und lautet:

Montag: Schöpsenfleisch mit Möhren u. Kartoffelstücken	pro Port. 40 ₰
Dienstag: Schweinecoteletten mit Kartoffelsalat	
Mittwoch: Rindfleisch mit Meerrettig	
Donnerstag: Schweineknochen mit Klößen u. Meerrettig	
Freitag: Wiegebraten mit Salzkartoffeln	
Sonnabend: Schöpsenfleisch mit Weißkraut	
Sonntag: Gänsebraten mit Klößen und Rothkraut	

Commentare sind hier überflüssig. Aus demselben Bezirk Plauen wird jedoch auch gemeldet, daß in einer großen Weberei, deren Besitzer eine Küche errichtet hatten, die getroffene Einrichtung wegen mangelnder Betheiligung wieder eingehen mußte. Dagegen prosperirt die Speiseanstalt der Brauerei gut, alle unverheiratheten Arbeiter nehmen an den Mahlzeiten Theil.

Hält man alle Berichte zusammen, so kommt man zu dem Resultat, daß neben der größeren Unbeschränktheit, welche der Arbeiter außerhalb der Fabrikräume hat, doch noch ein anderer und sehr schwerwiegender Grund vorhanden ist, der dazu veranlaßt, das gebotene, nicht gute Mittagessen der Fabrik-Cantinen zu meiden. Es verhältnißmäßig billig die Preise gestellt sind (denn wohl kein Fabrikant denkt bei solcher Einrichtung an Profit), so sind sie doch dem Arbeiter in Anbetracht des Verdienstes leider immer noch zu hoch. Ein gewöhnlicher Kaffee, ein Stück Brod — das erndtet zum großen Theil Mittags die weibliche Fabrikbevölkerung. Allerdings, für Vergnügen und besonders für Putz wird so viel ausgegeben, daß damit eine ganz ausreichende Ernährung, die den hauptsächlichsten Ansprüchen genügte, zu bewerkstelligen wäre. Aber für gute Ernährung und bessere Kleidung reicht der Verdienst nicht aus. Wer will aber einen scharfen Tadel erheben, wenn ein Mädchen oder auch jüngerer Mann nach sechs Tagen der Arbeit wenigstens am Sonntag äußerlich den anderen gesputzten Menschen ebenbürtig sein will?

Von allen Trivialitäten kann man sich bei Betrachtung dieser Dinge ganz fern halten; die Thatsachen sprechen selbst. Daß die Arbeiter diejenigen Cantinen, in denen warmes Mittagessen gereicht wird, nicht mit Absicht meiden, geht aus der Betheiligung an anderen Wohlfahrtseinrichtungen hervor. In vielen Cantinen wird nämlich nur Brod, Wurst, Käse, Bier u. dergl. m. zu billigen Preisen verabreicht, also sog. kalte Küche. Da ist die Betheiligung der Arbeiter meist sehr lebhaft, denn diese Dinge sind unbedingt zur Lebenshaltung nöthig und wo die um ein paar Pfennige billiger zu erlangen sind, dort geht der Arbeiter hin. Daher floriren auch die Fabrik-Consumvereine, wie wir denn in der Neuzeit sehen, daß gerade in Leipzig und Umgegend solche Vereine zahlreich von Arbeitern selbst gegründet worden sind.

Wie unsere arbeitende Bevölkerung, namentlich aber der weibliche Theil derselben, an ein besseres und naturgemäßeres Mittagessen zu gewöhnen sein wird — das ist vorläufig noch ein ungelöstes Problem. Für größere Städte scheint es uns, daß dieses Problem nicht innerhalb der Fabrikräume seine Lösung finden wird, sondern daß Volksspeiseanstalten berufen sind, hier bessernd einzugreifen. Anders aber in kleineren Städten und auf dem platten Lande. Wo dort Fabriken sind, kann nur in Verbindung mit denselben etwas geschaffen werden. Möge doch die Einsicht dessen die einsichtigeren Arbeiter bewegen, alle auf diesen Punct gerichteten Bestrebungen der Fabrikleiter kräftigst zu unterstützen. Der Einfluß auf die Mitarbeitenden vermag ja oft das Meiste!

Wenden wir uns nun denjenigen Bestrebungen zu, die auf Beschaffung billiger Wohnungen gerichtet sind. „Wohnung ist so nöthig, wie das liebe Brod", sagt man mit Recht; leider ist die Lösung der Wohnungsfrage am allerschwierigsten. Im Verhältniß zur Gesammtzahl der Arbeiter ist daher auf diesem Gebiete auch noch sehr wenig erreicht worden, und die Berichte der Gewerbe-Inspectoren lauten sämmtlich dahin, daß eine größere Betheiligung in dieser Hinsicht zu wünschen wäre. Am meisten scheint noch im Bezirke Leipzig die Wohnungsfrage Beachtung gefunden zu haben; die Meyer'schen Familienhäuser in Lindenau, die Hasse'schen Familienhäuser in Gohlis (denen meist Gärten beigegeben sind) legen Zeugniß davon ab. Sodann haben verschiedene Fabrikleiter für ihr Personal Wohnhäuser gebaut; so Schröder in Golzern (Papierfabrik) 5 Wohnhäuser, in denen Arbeiter unentgeltlich wohnen können, mit deren Zuhörung die Arbeitgeber zufrieden sind, Vogel in Lunzenau, dessen Colonie 28 Wohnungen umfaßt, Schmidt in Arnsdorf, Koch & te Rock (Teppichfabrik) in Colmnitz mit zehn Wohnungen u. s. w. Das Alles sind aber, wie die Leser ersehen, verschwindend kleine Ziffern und man kann nicht sagen, daß ein Einfluß auf die schlimme Wohnungsfrage hierdurch angebahnt wird. Im Ganzen scheint es, daß weniger die Fabrikleiter als vielleicht Bauvereine oder einzelne hochherzige Capitalisten dazu berufen sein dürften, die Arbeiter-Wohnungsfrage ihrer Lösung näher zu bringen. Zur Gemeindebehörde (die u. A. im preußischen Finanzminister Dr. Miquel einen so warmen Fürsprecher hat) ist man ja noch nicht gelangt.

Ueber die Einrichtungen zur Erweckung und Förderung des Sparsinns ist verhältnißmäßig wenig zu sagen. Das Königreich Sachsen besitzt ja auch ein so ausgebreitetes Netz von Gemeindesparcassen, daß fast Jedem bequeme Gelegenheit geboten ist, sein Geld zinstragend anzulegen. Dennoch lassen sich durch das Gewähren einer höheren Verzinsung, als der landesüblichen, oft sehr gute Erfolge erzielen. So z. B. berichtet in einer größeren Spinnerei des Bezirks Bautzen seit dem Jahr 1883 eine Arbeitersparcasse, in welche seit Bestehen 114 118 ℳ eingezahlt worden sind. Die Einlagen wurden mit 5 Procent verzinst. Bis Anfang vorigen Jahres beliefen sich die Rückzahlungen auf 58 428 ℳ 50 ₰, so daß ein Cassenbestand von 55 689 ℳ 50 ₰ vorhanden war. An jährigem participirten 230 Personen, was eine Durchschnittsspareinlage von 253 ℳ ergiebt. Eine Sparcasse, die 5 Procent Zinsen gewährt, hat ebenfalls die Schröder'sche Papierfabrik in Golzern errichtet. Gute Erfolge hat auch die Sparcasse der Firma Bärenfänger & Starke in Frankenau aufzuweisen, bei welcher der Durchschnittsbetrag der Spareinlagen sich per Kopf und Jahr auf mehr als 66 ℳ belief. Im Sonstigen sind viele Arbeitgeber bemüht, den Sparsinn ihrer Beschäftigten insofern zu fördern, als sie selbigen bei besonderen Anlässen ꝛc. nicht baares Geld, sondern Sparcassenbücher schenken.